KOMMENTAR 10.11.2014 | Justin Logan

Israel? Öl? Terror? Egal.

Der Nahe Osten ist irrelevant. Kümmern wir uns endlich um Wichtigeres.

Die Eliten der westlichen Außenpolitik sind völlig auf den Nahen Osten fixiert. Präsident Obama mag noch so viel vom „Schwenk nach Asien", vom russischen Revanchismus in Europa und von chinesischen Provokationen in Asien reden - das Hauptaugenmerk des Westens liegt weiter auf der Nahostregion, in der sich zum Krieg im Irak nun der in Syrien gesellt hat. Merkwürdig ist das alles vor allem deshalb, weil der Westen in der Region so gut wie keine eigenen Interessen hat. Ginge es nach der Vernunft, müsste er sich dort heraushalten.

Otto von Bismarck, Nicholas Spykman und viele andere große Strategen der letzten Jahrhunderte würden sich die Augen reiben angesichts des überwältigenden Interesses westlicher Eliten an der Nahostregion. Wirtschaftlich ist der Nahe Osten ein Zwerg. Das Bruttoinlandsprodukt beläuft sich einschließlich des Erdöls auf etwa 6 Prozent des Welt-BIP. Der Anteil an der Weltbevölkerung liegt bei 5 Prozent, und auch die militärische Stärke ist eher bescheiden. Wie Edward Luttwak ketzerisch anmerkte, fallen US-Beobachter in ihrer Beurteilung des Nahen Ostens immer wieder dem „Mussolini-Syndrom" zum Opfer, wenn sie „rückständigen Gesellschaften, deren Bevölkerung hervorragende Aufstände, aber keine moderne Streitmacht auf die Beine stellen, echte militärische Stärke" attestieren.

Kein Nahoststaat verfügt über die militärische Fähigkeit zur Machtprojektion außerhalb der Region, nicht der Iran, der etwa 18 Milliarden Dollar im Jahr für die Verteidigung ausgibt, und auch nicht Saudi-Arabien, trotz seiner Militärausgaben von jährlich rund 60 Milliarden Dollar.

Kleine, arme und schwache Region

Drei Belange rückten diese kleine, arme und schwache Region in den Fokus der US-Außenpolitik: Erdöl, Israel und Terrorismus. Jedes dieser Anliegen verdient Beachtung, aber auch nicht annähernd so viel Beachtung, wie ihnen in den letzten Jahrzehnten zuteilwurde. Und ganz gewiss rechtfertigt keines dieser Themen den Interventionismus, der von beiden politischen Parteien in den USA und einigen Europäern befürwortet wird.

Nehmen wir zunächst das Erdöl. Die politisch Verantwortlichen im Westen fürchten, obwohl sie diese Ansicht selten explizit äußern, dass Kriege oder Instabilität in der Region die Ölproduzenten daran hindern könnten, ihr Öl auf die Weltenergiemärkte zu bringen; so käme es zu Schwankungen, die das Wirtschaftswachstum hemmen, Sekundär- oder Tertiäreffekte nach sich ziehen und so die Weltwirtschaft ins Trudeln bringen könnten. Dieses Argument wird vermutlich nie offen ausgesprochen, weil es nicht stimmt.

Erdöl ist eine fungible Handelsware, die auf den Weltmärkten gehandelt wird. Wenn der Ölpreis in einem Land steigt, steigt er in allen Ländern, sogar in denen, die das Shangri-La der „Energieunabhängigkeit“ erlangt haben. Bei sinkendem Angebot geht auf der Angebotsseite der Preis hoch, und die Produzenten haben einen Anreiz, mehr Öl zu produzieren, um höhere Gewinne einzufahren. Treten zum Eigeninteresse der Produzenten finanzielle Innovationen wie die ausgeklügelten Spot- und Terminkontraktmärkte, die Verbrauchern eine Risikoabsicherung erlauben, ist unschwer zu sehen, warum sich historisch betrachtet Versorgungsstörungen nur begrenzt und vorübergehend auf den Preis auswirken.

Selbst die schlimmsten Katastrophenszenarien zur Energiesicherheit halten einer näheren Überprüfung nicht stand. Ein solches Szenario, für das sich die US-Streitkräfte als nützlich erweisen könnten, wäre, dass ein Staat wie der Iran versuchen könnte, sich ein größeres Ölverladeterminal wie Ra‘s Tanura in Saudi-Arabien unter den Nagel zu reißen und so eine unangenehme, um nicht zu sagen beherrschende Macht über die globalen Märkte zu erhalten. Zum Glück jedoch hat der Iran nicht annähernd die Fähigkeit zu einer solchen Machtprojektion, und wenn er sie hätte, ließe sich diese Bedrohung mithilfe der US-Flugzeugträger und Langstreckenbomber relativ leicht abwehren.

Die Summe, die Washington für den Kampf gegen den Terrorismus ausgibt – etwa 100 Milliarden Dollar im Jahr – ist aberwitzig.

Ein weiteres Anliegen im Nahen Osten betrifft Israel. Auch hier wird nur selten ausgesprochen, wo genau das Problem eigentlich liegt, doch geht man davon aus, dass der kleine, mit den USA befreundete Staat Israel mit seiner unangenehmen Nachbarschaft von einer starken US-Präsenz im Nahen Osten profitiert. Allerdings ist die Stellung Israels im Nahen Osten im Jahr 2014 eine andere als in den gefährlichen Jahren nach der Staatsgründung. Mittlerweile hat das Land eine qualitativ große militärische Vormacht gegenüber möglichen Gegnern in der Region. Die etwa 200 Atomsprengköpfe, über die Israel auf verschiedenen Plattformen, darunter U-Booten der Dolphin-Klasse, verfügt, sichern ihm eine zuverlässige Zweitschlagkapazität gegen jeden Nahoststaat, der es wagen würde, es ernsthaft zu bedrohen. Darüber hinaus ist nur schwer zu erkennen, inwiefern Israel von dem Strudel religiöser Konflikte profitiert hätte, die die US-Politik mit entfesselt hat.

Das dritte Anliegen ist natürlich die Angst vor dem Terrorismus. Diese Erklärung für die angebliche Bedeutung des Nahen Ostens mutet insofern seltsam an, als die Parameter für die US-Nahostpolitik aus der Zeit vor dem 11. September stammen. Es ist schwer nachvollziehbar, dass eine Situation, die erst eintrat, als die politischen Grundzüge schon etabliert waren, diese Politik erklären soll. Dabei gibt es keine konkreten Hinweise auf eine Terrorgefahr, deren Dimension es rechtfertigen würde, den Nahen Osten dermaßen detailverliebt zu kontrollieren. Zwischen 1970 und 2012 lag die Wahrscheinlichkeit, dass ein Amerikaner außerhalb eines Kriegsgebiets getötet wurde, bei etwa 1:4 Millionen. Nach den Regeln der Risikoanalyse ist das ein extrem niedriges Risiko. Vielleicht stellten deshalb schon im Jahr 2002 kluge Risikoanalysten Fragen zur US-Antiterrorpolitik, unter anderem diese: „Wie viel sollten wir zu zahlen bereit sein für eine geringfügige Senkung eines Risikos, das schon jetzt extrem gering ist?“

Krieg rechtfertigen?

Die Summe, die Washington für den Kampf gegen den Terrorismus ausgibt – etwa 100 Milliarden Dollar im Jahr – ist aberwitzig. Die Terrorgefahr ist in Europa aus Gründen der geografischen Nähe und der Immigration wahrscheinlich größer, gilt aber auch dort wohl kaum als „existenzielle" Bedrohung. Ein Hedgefonds, der das Risiko so bewerten würde, wie die US-Regierung die Terrorgefahr bewertet, würde wohl nicht lange überleben. Es steht zu bezweifeln, dass die US-Nahostpolitik – mit Ausnahme einiger Drohnenangriffe und Spezialoperationen – die extrem niedrige Wahrscheinlichkeit eines weiteren großen Terrorangriffs noch gesenkt hat. Möglicherweise hat sie sie sogar erhöht.

Humanitäre Erwägungen habe ich bisher ausgeklammert. Ich meine, wir sollten humanitäre Fragen im Nahen Osten genauso behandeln wie überall anders auch. Wenn die politischen Entscheidungsträger die Öffentlichkeit davon überzeugen können, dass es irgendwo eine Krise gibt, die unsere eigene Sicherheit nicht gefährdet, in der wir mit einer Intervention aber eine humanitäre Katastrophe verhindern könnten, sollten sie diese Debatte auch genauso führen. Viel zu oft jedoch gaukeln sie in diesen Fällen der Öffentlichkeit vor, bei einer Militärintervention gehe es um unsere eigene Sicherheit, und tun so, als könnte eine solche Intervention in einem Konflikt politisch neutral sein. Eine klar abgegrenzte und umrissene humanitäre Intervention würde ich allerdings nie von vornherein ausschließen.

Ich meine, wir sollten humanitäre Fragen im Nahen Osten genauso behandeln wie überall anders auch.

Im Jahr 2007 erklärte Philip Auerswald vorausschauend, „der erste, schwerste und wahrscheinlich nachhaltigste Fehler in Hinblick auf den Irak war die Annahme, dass im 21. Jahrhundert ein Land im Nahen Osten wichtig genug wäre, einen Krieg zu rechtfertigen". Genau an diesem Punkt sind wir im Jahr 2014 wieder angelangt, obwohl keiner der oft genannten Gründe für die Fixierung auf den Nahen Osten einer Überprüfung standhält.

In den letzten vier Jahrzehnten ist durch die zwanghafte Beschäftigung des Westens mit dem Nahen Osten eine eigene Industrie entstanden, die sich ausschließlich der Kontrolle der Region widmet. Viele Informationen über den Nahen Osten kommen von Menschen, die steif und fest behaupten, sein Schicksal wäre für unser eigenes von entscheidender Bedeutung. Allzu wenige Beobachter sagen die ketzerische Wahrheit: Der Nahe Osten ist aus militärischer Sicht geradezu eine Zeitverschwendung.

Dieser Beitrag stellt eine persönliche Meinungsäußerung des Autors dar und erschien in leicht veränderter Form auch in der US-Zeitschrift Politico.



Justin Logan
Washington, D.C.

Justin Logan ist Direktor für Außenpolitikforschung am Cato Institute in Washington D.C. Er ist Autor zahlreicher Studien und Fachartikel, die u.a. in Foreign Policy, National Interest und im Harvard International Review erschienen sind.

8 LESERBRIEFE

Marinzez schrieb am 10.11.2014

So ist es. Das ich das noch einmal auf einer deutschsprachigen Seite lesen durfte... ;-)

Yoel schrieb am 11.11.2014

"Die Summe, die Washington für den Kampf gegen den Terrorismus ausgibt – etwa 100 Milliarden Dollar im Jahr – ist aberwitzig." Dem ist nichts hinzuzufügen....!

Serdar M. schrieb am 11.11.2014

Wahrscheinlich würde mit weniger Intervention auch mehr Frieden in die Region einkehren...

itreg schrieb am 11.11.2014

Und das hat ein Amerikaner geschrieben!
Bemerkenswert!

Peter S. schrieb am 11.11.2014

Ein erfreulich neuer Denkansatz, sinnvoll und weiterdenkend

Thorsten Schneider schrieb am 11.11.2014

Und was ist mit dem Petrodollar oder ist der ein Märchen?

Volker Schmidt schrieb am 13.11.2014

Warum nennt der Autor 100 Milliarden Militärausgaben

bei den USA aberwitzig und 60 Milliarden bei Saudi Arabien nicht ernst zu nehmen? Die USA haben 10 mal soviel Einwohner und sind fünfmal so groß wie Saudi Arabien. Dieses Missverhältnis macht mich misstrauisch.

Angha schrieb am 13.11.2014

Schön analysiert, aber leider sehr einseitig. Wenn der Autor den Grund für diesen Nah-Ost Fokus schon nicht in ökonomischen Ansätzen zu finden weiß, so soll er doch zumindest über Absichten anderer Art nachdenken. Innenpolitische Machtkämpfe zum Beispiel, oder auch die soziologischen Folgen, die ein Krieg und ein Feindbild in der Gesellschaft auslösen, verbunden vielleicht mit aggressivem Lobbyismus; oder gar irgendein ausgeheckter Geopolitischer Masterplan. Ich mein ja nur, so clever Ihr Artikel ist, es fehlt ein Bisschen mehr vom Ganzen. Und ich finde diesen Anspruch sollte man sich selber besonders auf diesem intellektuellen Level immer stellen, egal worum es geht.

An Volker Schmidt:
Amerika gibt diese100 Milliarden lediglich für den Kampf gegen den Terrorismus aus, die gesamten

Militärausgaben betragen um die 600 Milliarden.